

Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Dienstag, 2. September 1975

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

Mit den amtlichen Publikationen

108. Jahrgang - Nr. 128

Ein Bild von historischem Wert

Vor 30 Jahren wurde die erste Nachkriegsregierung unseres Landes vereidigt

Am 4. September 1945, also vor genau 30 Jahren wurde in Vaduz die erste Nachkriegsregierung unseres Landes vereidigt. Liechtenstein stand damals am Ende seiner wohl schwersten Bewährungsprobe, in der Geschichte und am Anfang einer neuen, entscheidenden Phase. Alexander Frick, der neue Regierungschef, wurde zu einem würdigen Nachfolger von Dr. Josef Hoop, mit dem ihn entscheidende, politische Grundsätze verbanden, welche auch für die Politik der ersten Nachkriegsjahre massgeblich blieben: Staatserhaltung, Sparsamkeit und Dynamik. Wiewohl sich unser Land nach 1945 neuen und veränderten Aufgaben gegenüber sah, gewährleistete die neue Regierung politische Stabilität und Kontinuität in den folgenden Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges. Der vorliegenden Aufnahme der damaligen Regierung, die kurz nach



ihre Vereidigung am 4. September 1945, also vor genau 30 Jahren wurde in Vaduz die erste Nachkriegsregierung unseres Landes vereidigt. Liechtenstein stand damals am Ende seiner wohl schwersten Bewährungsprobe, in der Geschichte und am Anfang einer neuen, entscheidenden Phase. Alexander Frick, der neue Regierungschef, wurde zu einem würdigen Nachfolger von Dr. Josef Hoop, mit dem ihn entscheidende, politische Grundsätze verbanden, welche auch für die Politik der ersten Nachkriegsjahre massgeblich blieben: Staatserhaltung, Sparsamkeit und Dynamik. Wiewohl sich unser Land nach 1945 neuen und veränderten Aufgaben gegenüber sah, gewährleistete die neue Regierung politische Stabilität und Kontinuität in den folgenden Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges. Der vorliegenden Aufnahme der damaligen Regierung, die kurz nach

ihre Vereidigung am 4. September 1945, also vor genau 30 Jahren wurde in Vaduz die erste Nachkriegsregierung unseres Landes vereidigt. Liechtenstein stand damals am Ende seiner wohl schwersten Bewährungsprobe, in der Geschichte und am Anfang einer neuen, entscheidenden Phase. Alexander Frick, der neue Regierungschef, wurde zu einem würdigen Nachfolger von Dr. Josef Hoop, mit dem ihn entscheidende, politische Grundsätze verbanden, welche auch für die Politik der ersten Nachkriegsjahre massgeblich blieben: Staatserhaltung, Sparsamkeit und Dynamik. Wiewohl sich unser Land nach 1945 neuen und veränderten Aufgaben gegenüber sah, gewährleistete die neue Regierung politische Stabilität und Kontinuität in den folgenden Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges. Der vorliegenden Aufnahme der damaligen Regierung, die kurz nach



Mehrheitsprinzip oder Neuwahlen?

Grundsatz verhindert?

In der Diskussion um das Mehrheitsprinzip werden von oppositioneller Seite Versuche unternommen, die angestrebte Verfassungsänderung als nicht notwendig hinzustellen. Zweifellos am weitesten vorgewagt in der Darstellung solch alternativer Möglichkeiten hat sich das «Liechtensteiner Vaterland». — «Ohne Komplikationen», so prophezeite das Blatt vor kurzem, vermöchten unsere Verfassung und die bestehenden Gesetze den Fall der Stimmenmehrheit ohne Mandatsmehrheit zu lösen. Und die Lösung präsentiert sich denn auch äusserst einfach:



Eine Mehrheitspartei ohne Mandatsmehrheit könnte erstens die Koalition verweigern und Opposition anmelden, zweitens durch die Blockierung des Landtags Neuwahlen auslösen, und drittens könnte der Landesfürst in dem unregierbar gewordenen Land den Landtag auflösen und Neuwahlen ausschreiben. — Zum ersten, keine Koalition — dafür Opposition, wäre anzumerken, dass eine derartige Lösung mit dem Problem des Mehrheitsprinzips nichts zu tun hat; oder nur insofern, als eine Partei mit einer solchen Schlussfolgerung ihr faktisches Einverständnis zum heutigen — unbefriedigenden — Zustand bietet. — Zu den beiden anderen Varianten ist zu sagen, dass sie keine Gewähr dafür bieten, die Mehrheitsverhältnisse klarer zu lösen. Es könnte doch vorkommen, dass nach weiteren Wahlen — mit bestimmt erbitterten Wahlkämpfen — immer das gleiche Ergebnis resultierte. — In dem gleichen Leitartikel wird im weiteren gesagt, dass für Volksabstimmungen bei Verfassungsänderungen in der Verfassung keine Vorschriften über qualifizierte Mehrheiten zu finden sind. «Daher kann es vorkommen», so heisst es, «dass mit einer einzigen Stimme mehr wichtige Grundsätze unserer Verfassung ausser Kraft gesetzt oder geändert werden». Dies ist zweifellos richtig. Warum es aber so ist, hat sich — neben anderen — VU-Landtagsvizepräsident Dr. Karlheinz Ritter gefragt. Er ist in dem gleichen Blatt (am 14. August 1963) zum Schluss gekommen: «Vorschriften über qualifizierte Mehrheit oder Einstimmigkeit vergrössern nicht die politische Freiheit, sondern bringen sie sogar in Gefahr, indem sie Aenderung einer bestimmten Ordnung erschweren und unter Umständen die Fortbildung des Rechts verhindern, auf welche das Staatsvolk als lebendiger Organismus angewiesen ist.» — Man kann sich nun zwei Sachen fragen: Erstens, ist es besser, wenn in unserem Lande statt der Aenderung der Verfassung Neuwahlen durchgeführt werden? Und zweitens, kann sich das Jugendreferat einen besseren Anwalt für ihre Sache vorstellen als den Dr. Karlheinz Ritter? Denn der heutige Zustand kann tatsächlich den demokratischen Grundsatz verhindern, wonach der Stimmenmehrheit auch die Mandatsmehrheit gehört. (G. M.)

Sport am Wochenende

Im Rahmen der Leichtathletik-Schweizermeisterschaften in Olten, holte sich der Liechtensteiner Rekordhalter Günther Hasler (24) am Sonntag den Titel eines Schweizermeisters über 800 Meter.



Mit dem 16. Rang an der Amateur-Strassen-Weltmeisterschaft im belgischen Mettet klassierte sich Landesmeister Roman Hermann am Samstag unerwartet weit vorne. Am Start waren 179 Fahrer aus 36 Nationen.

Bei den Mingolf-Europameisterschaften vom 28. bis 30. August in Amriswil, verpasste der Liechtensteiner Bruno Schädlir mit einem ausgezeichneten 4. Rang die Bronzemedaille nur ganz knapp. Bei den Senioren landete Karl Trautner auf dem 7. Platz. Insgesamt stellten die beiden eif neue Landesrekorde auf.

Mehr vom Sport auf Seite 4 und 5.

TV-Grossantenne: Entscheid liegt bei den Gemeinden!

Pressegespräch mit der Regierung: Vielfältiger Themenkatalog

Von den Postvertragsverhandlungen über Verkehrsbeschränkungen auf dem Rheindamm bis zur geplanten Gemeinschaftsantenne spannte sich der Bogen des letzten Pressegesprächs mit der Regierung vor einer Woche.

Postvertrags-Verhandlungen

Erstes Thema des Pressegesprächs waren die Postvertragsverhandlungen, die nach dem Besuch des Präsidenten der Generaldirektion PTT, Dr. Markus Redli, neue Aktualität erhalten haben. Nachdem Regierungschef Dr. Walter Kieber schon im Frühjahr hatte verlauten lassen, die Verhandlungen könnten bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden, bestätigte Regierungschef-Stellvertreter Hans Brunhart, dass sich nun auch Dr. Redli im gleichen Sinne geäussert hat. Vor kurzem hätten weitere Expertengespräche stattgefunden, an denen das Problem der Kostenberechnung behandelt worden sei. Ein Termin für die Schlussverhandlung sei allerdings noch nicht bekannt.

Verkehrsbeschränkung auf dem Rheindamm

Der tragische Unglücksfall, der sich kürzlich auf dem Rheindamm ereignet hat, löste bei den Pressevertretern naturgemäss auch eine Reihe Fragen zum Thema Verkehrsbeschränkung auf dem Rheindamm aus. Die Polizei habe festgestellt, dass der Rheindamm zwischen Bendern und Balzers immer mehr als Ausweichtour für die fehlende Autobahn Haag-Trübbach benützt werde. Abgesehen davon, dass diese Verkehrszunahme eine

Belästigung für die erholungssuchenden Spaziergänger und Radfahrer darstellt, ist es bekanntlich in den letzten Monaten zu mehreren, zum Teil schweren Unfällen gekommen. Die Regierung prüft deshalb zur Zeit den Erlass einer generellen Geschwindigkeitsbeschränkung auf dem gesamten Rheindamm. Durch die zusätzliche Sperrung von Teilstücken, die vom Werkverkehr nicht befahren werden, soll der Strecke überdies ihre Attraktivität als Durchgangsstrasse genommen werden.

Gurtentrag-Obligatorium

Auch auf dem Gebiet des Fürstentums Liechtenstein wird das Tragen von Sicherheitsgurten in Autos vom 1. Januar 1976 an obligatorisch sein. Damit schliesst sich unser Land an die in der Schweiz erlassenen Vorschriften an. Eine entsprechende Verordnung wurde auf den kommenden Herbst angekündigt.

Vorläufig keine gesonderte Papierabfuhr

Angesprochen auf das Beispiel der Stadt St. Gallen, wo Altpapier seit zwei Jahren nicht mehr zusammen mit normalem Hausmüll abgeführt, sondern gesondert eingesammelt und der Wiederverwertung zugeführt wird, führte Regierungsrat Dr. Georg Malin aus, eine solche Sonderabfuhr sei im Augenblick nicht geplant. Die Preise, die zur Zeit für Altpapier geboten würden, seien derart niedrig, dass sich der Sammelaufwand nicht lohne. Hingegen verwies Regierungsrat Malin auf eine Neuentwicklung der Hoval, die seit kurzem einen Ofen in ihr Programm aufgenommen hat, in

dem sich Abfälle verbrennen und zur Wärmegewinnung verwenden lassen.

Gemeinschaftsantenne:

Nächster Schritt bei den Gemeinden Etwas Klarheit konnte auch eine kurze Diskussion zum Thema Gemeinschaftsantenne bringen. Nachdem vor kurzem in Balzers ein Alternativprojekt vorgeführt worden war, wurde am Pressegespräch präzisiert, dass die Zusage der Regierung, sich an einer Gemeinschaftsantenne mit 60 Prozent zu beteiligen, nicht nur für das Projekt Gaflei Gültigkeit gehabt habe. Die Abklärung der Bedürfnisfrage habe ergeben, dass im Unterland recht wenig Interesse am Gaflei-Projekt bestehe. Somit stelle die Antenne auf der Mittagsspitze eine weitere Lösung dar. Der Entscheid darüber liege allerdings nicht bei der Regierung sondern bei den Gemeinden. Sie hätten als Initianten den 1. Schritt zu tun und sich für ein bestimmtes Projekt zu entscheiden. Erst dann könne die Genossenschaft gegründet werden, an der sich auch die Regierung beteiligen werde.

Spitalbau Vaduz

Angesprochen auf den geplanten Spitalbau in Vaduz führte Regierungsrat Hans Gassner aus, dass die Frage zur Zeit noch geprüft werde und Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Land und der Gemeinde Vaduz sowie der Gemeinde Schaan sei. Sobald diese Gespräche abgeschlossen seien, sei auch eine nächste offizielle Stellungnahme der Regierung zu erwarten.

Im Geldverkehr sind wir die Fachleute

Verwaltung- und Privatbank Aktiengesellschaft FL-9490 Vaduz